

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Gilie, Martina

Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft

Datum der Zweitveröffentlichung: 09.02.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-582982

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Gilie, Martina: Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft. In: Jugend und Politik : politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus; Palentien, Christian (Hg). Wiesbaden : Springer Fachmedien, 2016. S. 195-226. DOI: 10.1007/978-3-658-09145-3_10.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft

Ursula Hoffmann-Lange & Martina Gille

1 Einleitung

Seit der Publikation der vergleichenden Untersuchung zur politischen Kultur von Almond/Verba (1963) hat die politische Kulturforschung immer wieder darauf verwiesen, dass eine breite Unterstützung der demokratischen Regierungsform und eine politisch involvierte Bürgerschaft zentrale Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie sind. Diese Erkenntnis wurde durch die dritte Demokratisierungswelle seit den 1970er Jahren erneut bekräftigt, die bestätigt hat, dass die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung nur der erste Schritt zur Demokratisierung ist und die Konsolidierung junger Demokratien zusätzlich deren Abstützung durch eine politisch aktive Zivilgesellschaft bedarf. Dies macht das große öffentliche Interesse an der empirischen Jugendforschung und an Fragen der politischen Sozialisation verständlich, da die Voraussetzungen einer aktiven politischen Involvierung der Bürger im Zuge der Ersetzung älterer Generationen durch nachwachsende Kohorten immer wieder neu gesichert werden müssen.

Politisch-kulturelle Veränderungen vollziehen sich in der jungen Generation zwangsläufig schneller als in der Gesamtbevölkerung. Dies ist vor allem in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels der Fall, in denen überkommene Werte und Verhaltensmuster den Lebensbedürfnissen der jungen Menschen nicht mehr gerecht werden. Dabei stechen drei empirisch relativ gut belegte Veränderungen ins Auge, die sich in den letzten Jahrzehnten in allen entwickelten Demokratien vollzogen haben. Dies sind einmal die sinkende Wahlbeteiligung, zweitens die zunehmende Distanz und Kritikbereitschaft gegenüber dem etablierten Politikbetrieb und drittens die zunehmende Bereitschaft, konkreten Forderungen an die Politik durch politische Protestaktionen Nachdruck zu verleihen. Alle drei Prozesse deuten auf ein verändertes Politikverständnis und eine gestiegene Distanz der jungen Generation zur etablierten Politik hin.

2 Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen junger Menschen

Bei der Suche nach den Ursachen für die zunehmende Distanz junger Menschen zur Politik wird häufig auf das Verhalten der Parteien und auf zahlreiche politische Skandale verwiesen, die zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik beizutragen geeignet waren, z. B. die großzügigen Regelungen der Parteienfinanzierung, hohe Politikereinkommen, Verfilzungen zwischen Politik und Wirtschaft sowie Amtsmissbrauch. Ohne solche Erscheinungen herunterspielen zu wollen, berücksichtigt diese Interpretation jedoch zu wenig die Tatsache, dass sich im Zuge des gesellschaftlichen und politischen Wandels der letzten Jahrzehnte auch das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik grundlegend gewandelt hat. Diese Wandlungsprozesse betreffen die gesamte Gesellschaft und sind daher nicht jugendspezifisch. Allerdings sind junge Menschen immer die Vorreiter neuer Wertorientierungen und Verhaltensweisen, da sie gesellschaftlichen Veränderungsprozessen stärker ausgesetzt sind und nur die aktuellen politischen Verhältnisse kennen. Die Angehörigen der älteren Generation sind dagegen noch unter anderen Voraussetzungen aufgewachsen und weisen Vorprägungen auf, so dass sich ihre gesellschaftlichen und politischen Orientierungen mit zunehmendem Alter nur noch wenig verändern. Insofern lässt sich erwarten, dass die Distanz zur Politik in der jungen Generation ausgeprägter ist als bei den Angehörigen der älteren Kohorten.

Der soziale Wandel hat zu einer Erosion der traditionellen soziopolitischen Milieus (vgl. Alber 1991; Pappi 1973) beigetragen. Während politische Loyalitäten und das Wahlverhalten früher stark durch Konfession und Klassenzugehörigkeit bestimmt waren, haben diese Bindekräfte inzwischen an verhaltensprägender Wirkung verloren. Da Bürgerinnen und Bürger mit einer festen Milieu- und Parteibindung sich in ihren Einstellungen zu politischen Tagesfragen und in ihrem Wahlverhalten an ‚ihrer‘ Partei orientieren, solche ohne Parteibindung dagegen stärker an aktuellen politischen Fragen, ergibt sich daraus, dass die politische Meinungsbildung und das politische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger heute in Abhängigkeit von politischen Tagesereignissen größeren Schwankungen unterliegen und für die Politikerinnen und Politiker schwerer kalkulierbar geworden sind. Gleichzeitig ist es für die Parteien erheblich schwieriger geworden, junge Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und dauerhaft an sich zu binden.

Meinungsumfragen ergeben regelmäßig, dass eine feste Parteibindung in der jungen Generation seltener ist als in der älteren. Dies ist zwar teilweise auf einen Lebenszykluseffekt zurückzuführen, da Parteibindungen sich im Jugendalter erst entwickeln, teilweise jedoch auch auf die Erosion der traditionellen soziopoliti-

schen Milieus. Diese haben eine säkulare Abnahme der Parteibindungen in den etablierten Demokratien mit sich gebracht, so dass junge Menschen heute weit seltener in parteipolitisch vorgeprägte Milieus hineinwachsen als früher. In den USA, wo entsprechende Studien bereits seit Anfang der 1950er Jahre regelmäßig durchgeführt wurden, liegt der Anteil der Befragten mit einer festen Parteibindung in den jungen Alterskohorten sehr viel niedriger als dies in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Fall war (vgl. Beck 1984). Da die Erwachsenen gleichzeitig ihre unter früheren gesellschaftlichen Bedingungen erworbenen Bindungen in der Regel beibehalten, vollzieht sich die Abnahme der Parteibindungen in der Gesamtbevölkerung eher langsam. Die USA liegen in dieser Hinsicht lediglich an der Spitze einer Entwicklung, die sich in Europa zunächst noch nicht so klar abzeichnete, sich inzwischen jedoch auch hier bereits deutlich nachweisen lässt (vgl. Dalton/Rohrschneider 1990; Dalton 2006: Kap. 9). Dementsprechend ist der Erwerb politischer Orientierungen in der Jugend heute stärker durch individuelle Erfahrungen und das persönliche soziale Umfeld bestimmt, zu dem neben Familie und Schule nicht zuletzt auch Gleichaltrigengruppen gehören. [Tabelle 1](#) bestätigt den Rückgang der Parteiidentifikation auf der Basis der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)¹. Diese hat zwischen 1982 und 2008 in allen Gruppen mit Ausnahme der 18- bis 29-Jährigen mit (Fach-)Abitur abgenommen.

Der für die politischen Orientierungen und das politische Verhalten wichtigste Aspekt des gesellschaftlichen Wandels ist die Bildungsexpansion gewesen. Deren Auswirkungen sind in der sozialwissenschaftlichen Literatur vielfach analysiert worden, wobei die Arbeiten von Inglehart (1977 und 1989), Inglehart/Welzel (2005) und Dalton (2006) am bekanntesten sind. Diese Autoren haben vor allem betont, dass die Bildungsexpansion eine kognitive politische Mobilisierung und damit eine Zunahme der Fähigkeit zum Verständnis politischer Fragen bewirkt hat. Darunter verstehen sie ‚politische Involviertheit‘ im weitesten Sinne, wozu das politische Interesse, die Wichtigkeit von Politik für das eigene Leben, die Häufigkeit politischer Gespräche sowie die Fähigkeit gehören, politische Informationen zu verarbeiten (vgl. Gabriel 1986: S. 179). Allerdings haben sich die Analysen der Autoren hauptsächlich auf den Einfluss von Alter und Bildungsniveau auf die politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften beschränkt, aus denen sie auf eine Zunahme der kognitiven politischen Mobilisierung im Zeitverlauf geschlossen haben, ohne die Validität dieser Annahme hinreichend zu überprüfen. Damit sind sie den Beweis dafür schuldig geblieben, dass sich politisches Interesse,

1 Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 im zweijährigen Turnus von GESIS durchgeführt.

Tabelle 1 Parteiidentifikation¹ nach Altersgruppen, Geschlecht und Bildungsniveau 1982 und 2008

Befragtengruppe	% mit Parteiidentifikation
1982	
Gesamt	67,0
18–29 Jahre	53,6
30+ Jahre	70,4
männlich, 18–29 Jahre	54,6
weiblich, 18–29 Jahre	52,6
Hauptschule, 18–29 Jahre	56,4
Mittlere Reife, 18–29 Jahre	50,3
(Fach-)Abitur, 18–29 Jahre	52,3
2008	
Gesamt	58,2
18–29 Jahre	47,0
30+ Jahre	60,3
männlich, 18–29 Jahre	49,1
weiblich, 18–29 Jahre	44,4
Hauptschule, 18–29 Jahre	31,5
Mittlere Reife, 18–29 Jahre	38,5
(Fach-)Abitur, 18–29 Jahre	59,0

¹ Fragetext: Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Quelle: ALLBUS 1982 und 2008

politisches Informationsniveau sowie das Verständnis für politische Vorgänge tatsächlich im Lauf der Zeit erhöht haben.

Zwar bestätigen alle Umfragen, dass das politische Interesse und die politische Beteiligung mit dem formalen Bildungsniveau zunehmen. Allerdings zeigt eine neue Studie von Westle (2011), dass sein direkter Einfluss auf das Niveau politischen Wissens nicht besonders ausgeprägt ist. Dies deutet darauf hin, dass ein hohes Bildungsniveau für sich genommen weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für den Erwerb fundierten politischen Wissens ist. Seine

Wirkung ist vielmehr über das politische Interesse vermittelt und daher eher indirekter Natur.

Bislang hat die Bildungsexpansion jedenfalls nicht wie vielfach erhofft zu einer Zunahme des politischen Interesses in der jungen Generation geführt, dessen Niveau seit 1980 zwar starke Schwankungen, aber insgesamt gesehen sogar einen leicht negativen Trend aufweist (vgl. Gille/Hoffmann-Lange 2013: S. 131 ff.; auch Kaase 1990: S. 158). Dies ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen. Hier ist zunächst ein Nivellierungseffekt zu nennen, also eine tendenzielle Entwertung höherer Bildungsabschlüsse durch die Bildungsexpansion (vgl. Hoffmann-Lange 2000; Hadjar/Becker 2006; Kroh 2006). Hinzu kommt, dass junge Frauen, die von der Bildungsexpansion überproportional profitiert haben, nach wie vor ein geringeres politisches Interesse aufweisen als gleichaltrige junge Männer. Grundsätzlich muss man schließlich davon ausgehen, dass Politik für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger von eher untergeordnetem Interesse ist, solange die politische Situation stabil ist und diese daher keine dringende Notwendigkeit sehen, sich vermehrt mit politischen Fragen auseinander zu setzen.

Nie, Junn und Stehlik-Barry (1996) haben die Tatsache, dass die Bildungsexpansion in der Gesamtbevölkerung nicht zu einer entsprechenden Zunahme des politischen Interesses geführt hat, damit erklärt, dass die Bereitschaft zu dauerhaftem politischem Engagement in erster Linie von den wahrgenommenen Chancen abhängt, effektiv politisch Einfluss ausüben zu können. Politische Einflussmöglichkeiten jenseits der Beteiligung an Wahlen gehören jedoch zu den knappen Statusgütern und lassen sich nicht beliebig vermehren. Normalerweise ist daher der Anteil der politisch aktiven Bürgerinnen und Bürger beschränkt und die politische Mobilisierung erhöht sich lediglich in politisch turbulenten Zeiten über diesen harten Kern hinaus.

Demgegenüber argumentieren die Autoren (ebd.), dass das Demokratieverständnis primär kognitiver Natur ist, da höhere Bildung das Verständnis für demokratische Spielregeln und politische Toleranz fördert. Die Entwicklung des Demokratieverständnisses und des politischen Engagements unterliegen daher unterschiedlichen Logiken. Während für das politische Engagement gilt, dass dieses auch bei steigendem Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung weitgehend konstant bleibt (relative education model), folgt die Entwicklung des Verständnisses für demokratische Prinzipien dem absoluten Bildungsmodell (absolute education model). Dies erklärt das scheinbare Paradox, dass die Zunahme des formalen Bildungsniveaus den Wertewandel hin zu einer breiteren Unterstützung für demokratische Werte und Normen in der Bevölkerung begünstigt hat, ohne dass das politische Interesse und die Bereitschaft zu einem längerfristigen politischen Engagement gleichermaßen zugenommen haben.

Die amerikanische Einstellungsforschung ging in den 1950er Jahren zunächst davon aus, dass das politische Interesse und das Gefühl, etwas von Politik zu verstehen, eng mit dem Glauben an eine hohe politische Selbstwirksamkeit und dem Vertrauen in die Responsivität der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten zusammenhängen, die sie als politische Effektivität (political efficacy) bezeichneten. Dies war damals auch tatsächlich der Fall. Allerdings traten diese beiden Aspekte politischer Orientierung danach zunehmend auseinander. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die Studentenbewegung der 1960er Jahre, bei denen politisch hoch mobilisierte (junge) Bürgerinnen und Bürger die offizielle Regierungspolitik und deren fehlende Berücksichtigung fundamentaler politischer Bürgerrechte anprangerten, machten vielmehr die Erfahrung, dass selbst heftiger Bürgerprotest bei den Regierenden vielfach auf taube Ohren stieß. Damit wurde die Notwendigkeit offenkundig, die beiden Dimensionen der internen und externen politischen Effektivität analytisch zu unterscheiden, da der Zusammenhang zwischen beiden variieren kann und somit eine empirische Frage ist (vgl. Converse 1972; Abramson 1983).

Neben der kognitiven politischen Mobilisierung ist für das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik daher auch bedeutsam, in welchem Maße sie davon ausgehen, dass ihre Belange in politischen Willensbildungsprozessen Berücksichtigung finden. Hierfür hat sich der Begriff der externen politischen Effektivität (external political efficacy) eingebürgert. In den amerikanischen Wahlstudien werden seit Anfang der 1950er Jahre die Ablehnung von zwei Aussagen zur Messung der externen politischen Effektivität verwendet (vgl. Gabriel 1986: S. 209):

- Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
- Ich glaube nicht, dass sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.

Die Zustimmung zu beiden Aussagen hat seit Mitte der 1960er Jahre in allen Bildungsgruppen zugenommen. Von 1956 bis 1992 ging der Anteil der weißen Amerikanerinnen und Amerikaner mit einem hohen Niveau externer politischer Effektivität von 64 % auf 28 % zurück (vgl. Abramson u. a. 2012: S. 106). In Deutschland ist für die alten Bundesländer ebenfalls eine deutliche Zunahme der Zustimmung zu der Aussage zu konstatieren, dass die Politikerinnen und Politiker sich nicht um die Meinung der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Noch 1969 stimmten in einer Repräsentativbefragung nur 28 % dieser Aussage zu, 1972 bereits 47 %, 1995 war die Zustimmung bereits auf 70 % gestiegen (vgl. Baker u. a. 1981: S. 29; Gabriel 1986: S. 209; Hoffmann-Lange 1997: S. 218). Parallel dazu nahm auch das Vertrauen in die politischen Institutionen ab, insbesondere das in die politischen Parteien, auch wenn dieser Trend sich seit Beginn der 1980er Jahre abgeschwächt hat

(vgl. Krüger 1995: S. 256 ff.; Listhaug/Wiberg 1995). Es liegt auf der Hand, dass diese Entwicklung nicht (nur) auf die mangelnde Responsivität der Politikerinnen und Politiker, sondern in erster Linie auf gestiegene Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik zurückzuführen ist, die nicht zuletzt durch die Erosion der traditionellen soziopolitischen Milieus begünstigt wurden. Denn wenn die politischen Parteien nicht mehr als die quasi natürliche Vertretung der eigenen Interessen wahrgenommen werden, begünstigt dies eine sehr viel kritischere Bewertung ihres Führungspersonals und ihrer politischen Zielvorstellungen.

Der vielfach beschriebene Wertewandel hat zu einer Abnahme traditioneller Pflicht- und Akzeptanzwerte geführt und eine Zunahme der Erwartungen an die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung wie auch zur Mitbestimmung in öffentlichen Angelegenheiten mit sich gebracht (Klages 1985; Inglehart 1989). Mit den skizzierten Veränderungen im Demokratieverständnis haben sich zudem die politischen Partizipationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den entwickelten Demokratien gewandelt, was sich vor allem in einer zunehmenden Bereitschaft zum Rückgriff auf direkte politische Aktionsformen niedergeschlagen hat (Inglehart 1989: Kap. 10; Dalton 2006: S. 67 f.). Die Studentenbewegung der 1960er Jahre stellte die erste, für eine breite Öffentlichkeit sichtbare Manifestation der Auswirkungen von gestiegenem Wohlstandsniveau, Bildungsexpansion und gesellschaftlicher Individualisierung auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik dar. Ihr folgten später die sog. Neuen Sozialen Bewegungen. Diese Bewegungen forderten einerseits mehr individuelle Freiheitsrechte und andererseits mehr Mitbestimmungsrechte in politischen Angelegenheiten. So hat sich über die Jahre eine regelrechte Protestkultur entwickelt. Vor allem die Angehörigen der jungen Generation sind weniger als früher geneigt, politische Entscheidungen durch Regierungen und Parlamente ungefragt hinzunehmen, sondern vertreten mehr oder weniger offensiv ihre eigenen Interessen.

Michael Schudson (1998 und 2000) hat in einer historischen Analyse für die USA gezeigt, dass sich die politische Rolle der Bürgerinnen und Bürger seit der Gründungsphase mehrfach dramatisch verändert hat, und zwar in Richtung zunehmender Individualrechte. Er betont, dass sich politische Interessenvertretung dadurch individualisiert hat. Anders als noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts genießen die Bürgerinnen und Bürger heute nicht nur mehr Freiheitsrechte, sondern auch gesetzlich verbrieft Ansprüche auf sozialstaatliche Leistungen, die sie sowohl gerichtlich durchsetzen als auch durch politische Aktionen einfordern können. Damit haben die politischen Parteien viel von ihrer früheren Bedeutung als Organisationen der Interessenvertretung verloren. Diese Entwicklung hat Schudson zufolge den postmodernen, hoch gebildeten Typus des *monitorial citizen* hervorgebracht, der einerseits ressourcenstark und sich seiner politischen Rechte bewusst, andererseits jedoch nicht mehr auf klassische politische

Beteiligungsformen (Parteiarbeit, Mitgliedschaft in Verbänden) angewiesen ist, um seinen Interessen politisch Nachdruck zu verleihen.

Hooghe/Dejaeghere (2007) haben diese Überlegungen aufgegriffen und untersucht, ob sich ein solcher Typus in den skandinavischen Ländern nachweisen lässt. Dabei haben sie die Befragten nach ihrem politischen Interesse, ihrer subjektiven politischen Kompetenz und ihrem Partizipationsverhalten klassifiziert. Als *monitorial citizens* wurden Befragte mit starkem politischen Interesse und hoher subjektiver politischer Kompetenz eingestuft, die politisch aktiv waren, dabei aber ausschließlich nicht-traditionelle Beteiligungsformen nutzten, also Demonstrationen, Bürgerinitiativen usw., nicht jedoch in politischen Parteien oder Gewerkschaften mitarbeiteten. Die entsprechende Gruppe war allerdings mit nur 8,7% der Befragten sehr klein und zeichnete sich nicht wie erwartet durch junges Alter und ein überdurchschnittliches Bildungsniveau aus. Stattdessen war die Befragtengruppe der *active traditional citizens*, die ebenfalls politisch interessiert war und eine hohe subjektive politische Kompetenz aufwies, aber gleichzeitig auch traditionelle politische Beteiligungsformen nutzte, nicht nur deutlich größer (18,1%), sondern ihre Mitglieder waren auch jünger, wiesen ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und zudem ein signifikant höheres Vertrauen in die politischen Institutionen auf.

Aus den genannten Veränderungen lassen sich für die empirische Analyse folgende Annahmen ableiten:

- Es lässt sich erwarten, dass die kognitive politische Mobilisierung in den seit dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsenen Kohorten vor allem durch die immer noch anhaltende Bildungsexpansion zugenommen hat, auch wenn dieser Zuwachs deutlich hinter der Zunahme höherer Bildungsabschlüsse zurückgeblieben sein dürfte.
- Die Distanz zur etablierten Politik hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte zugenommen.
- Da beide Trends unterschiedliche Ursachen haben, lässt sich erwarten, dass kognitive politische Mobilisierung und externe politische Effektivität auf individueller Ebene statistisch nicht besonders eng zusammenhängen. Daher ist mit verschiedenen Kombinationen dieser beiden Merkmale zu rechnen.
- Die politischen Partizipationsbereitschaften sollten sich in Abhängigkeit von der spezifischen Kombination der beiden Orientierungen unterscheiden. Befragte mit niedriger kognitiver politischer Mobilisierung sollten ein geringeres Beteiligungsniveau aufweisen, während sich für Befragte mit einer niedrigen externen Effektivität erwarten lässt, dass sie seltener traditionelle Beteiligungsformen nutzen und stattdessen häufiger auf Formen des politischen Protests zurückgreifen.

- Auf Grund der Tatsache, dass die skizzierten Veränderungen in den politischen Orientierungen bereits in den 1960er Jahren einsetzten, lässt sich schließlich erwarten, dass diese inzwischen bereits große Teile der Erwachsenenbevölkerung erfasst haben. Die Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten sollten daher heute weniger ausgeprägt sein als zu Beginn dieser Entwicklung.

3 Datenbasis

Datenbasis für die vorliegende Analyse sind einmal die Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts, drei repräsentative Umfragen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 29 Jahren, die 1992, 1997 und zuletzt 2003 durchgeführt wurden (vgl. Hoffmann-Lange 1995; Gille/Krüger 2000; Gille u. a. 2006; Gille 2008). Diese Surveys umfassen jeweils besonders große Befragtenzahlen und erlauben damit sehr viel differenziertere Analysen der jungen Generation als repräsentative Bevölkerungsumfragen, in denen diese Altersgruppe einen kleinen und zudem schrumpfenden Anteil einnimmt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden für die vorliegende Untersuchung nur die beiden Zeitpunkte 1992 und 2003 mit 6 083 und 5 377 Befragten von 18 bis 29 Jahren berücksichtigt.² Während die Umfrage von 1992 auf Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit beschränkt war, wurden 2003 auch nicht-deutsche Befragte mit einbezogen. Da inzwischen durch die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts auch viele deutsche Staatsangehörige aus Migrantenfamilien stammten, wurde bei allen Befragten der Migrationshintergrund erhoben, so dass dessen Einfluss auf die politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften festgestellt werden kann.

Für den Vergleich mit der Erwachsenenbevölkerung wurden die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 1998 und 2008 herangezogen, in der in diesen beiden Jahren mit dem DJI-Jugendsurvey vergleichbare Fragen zum Einsatz kamen.³ Damit decken die vier verwendeten Umfragen einen Zeitraum von 16 Jahren ab. Leider liegen keine neueren Studien vor, in denen alle hier berücksichtigten Fragen enthalten waren. Da sich die Veränderungen in den untersuchten politischen Grundorientierungen jedoch eher

2 Datensätze der drei DJI-Jugendsurveys befinden sich im GESIS-Datenarchiv (ZA-Nummern 2527, 3298 und 5187) sowie im Forschungsdatenzentrum des Deutschen Jugendinstituts.

3 Die ALLBUS-Datensätze sind über das GESIS-Datenarchiv abrufbar. Für die Analysen wurde der kumulierte Datensatz 1980–2012 verwendet (ZA-Nr. ZA4578 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.11898), der 3 234 Befragte ab 18 Jahren für 1998 und 3 469 für 2008 enthält. Die Fallzahlen für die 18- bis 29-Jährigen betragen 501 und 527, für die Befragten ab 30 Jahren 2 733 und 2 930 (12 Befragte ohne Altersangabe in 2008).

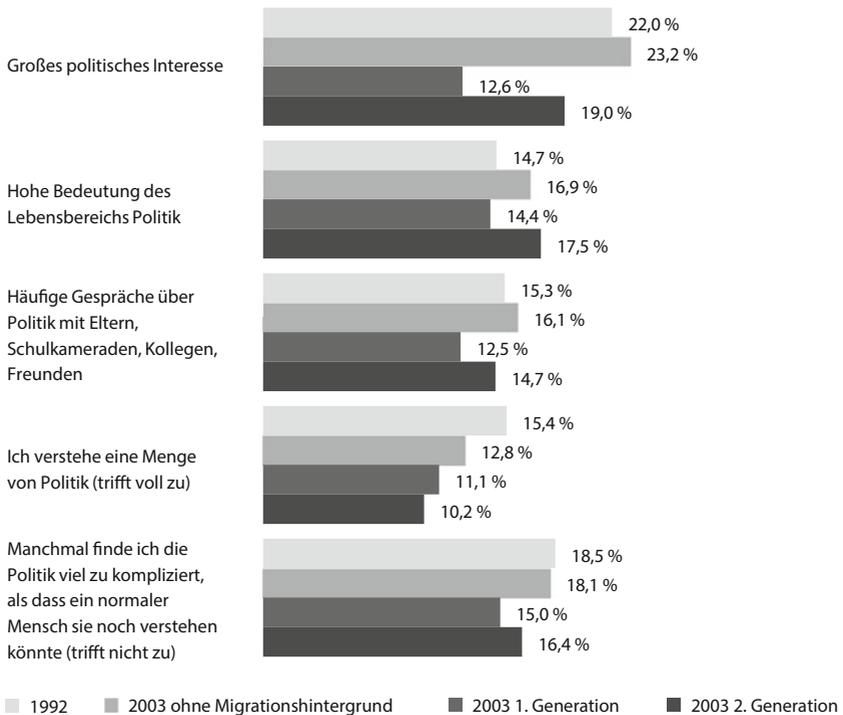
langsam vollziehen, dürften die Analyseergebnisse nach wie vor aktuell sein, auch wenn sich die Anteilswerte für die einzelnen Indikatoren in der Zwischenzeit etwas geändert haben mögen.

4 Kognitive politische Mobilisierung und externe politische Effektivität

Zur Messung der kognitiven politischen Mobilisierung wurden die folgenden Indikatoren herangezogen:

- Politisches Interesse: 5-stufige Skala von überhaupt nicht bis sehr stark
- Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik: 7-stufige Skala von überhaupt nicht wichtig bis sehr wichtig
- Gespräche über Politik mit Eltern, Schulkameradinnen und Schulkameraden, Kolleginnen und Kollegen sowie Freunden: Summenindex zur Häufigkeit solcher Gespräche mit zehn Ausprägungen
- Ich verstehe eine Menge von Politik: 6-stufige Skala von trifft überhaupt nicht zu bis trifft voll und ganz zu
- Manchmal ist die Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte: 6-stufige Skala von trifft überhaupt nicht zu bis trifft voll und ganz zu (in negative Richtung umgedreht)

Die Werte in [Abbildung 1](#) zeigen zunächst, dass das Niveau der verschiedenen Komponenten der kognitiven politischen Mobilisierung nicht besonders hoch ist. Nur etwa ein Fünftel der Befragten weist ein großes politisches Interesse auf. Ferner ist die Politik für die Mehrheit der jungen Menschen ein Lebensbereich, für den sie nur ein begrenztes Interesse aufbringen und der gegenüber anderen Lebensbereichen wie Freunden, Familie, Ausbildung und Beruf stark abfällt (vgl. Gille 1995: S. 48; Gille 2013). Noch geringer ist der Anteil der Befragten, die sich selbst ein ausgeprägtes Verständnis für politische Fragen attestieren. Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitpunkten sind minimal. Allerdings fällt auf, dass 2003 der Anteil derjenigen, die sich selbst ein gutes Verständnis politischer Fragen zuschreiben, gegenüber 1992 etwas gesunken ist. Da 2003 auch Befragte mit Migrationshintergrund einbezogen wurden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, wurde eine entsprechende Differenzierung vorgenommen. Dabei zeigt sich, dass Befragte der ersten Migrantengeneration, die noch im Ausland geboren wurden, auf allen Items deutlich geringere Werte aufweisen, während die Unterschiede zwischen Befragten ohne Migrationshintergrund und Angehörigen der zweiten Generation nur gering sind.

Abbildung 1 Indikatoren kognitiver politischer Mobilisierung, 18- bis 29-Jährige

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003

Eine Hauptkomponentenanalyse der in [Abbildung 1](#) enthaltenen Variablen ergab eine eindimensionale Struktur dieser fünf Items. Das bedeutet, dass die verschiedenen Aspekte politischer Mobilisierung relativ eng zusammenhängen. Daher wurde ein Mittelwertsindex aus diesen fünf Variablen gebildet, der in den weiteren Analysen als Index kognitiver politischer Mobilisierung verwendet wird. Ein solcher, mehrere Variablen umfassender Index ist robuster gegenüber den Unterschieden im Bedeutungsgehalt der einbezogenen Variablen als seine einzelnen Komponenten.

Ein vergleichbarer Index wurde für die ALLBUS-Daten gebildet. Allerdings waren die Fragen nach der Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik und nach Gesprächen über Politik im ALLBUS nicht enthalten. Als Ersatz für das ebenfalls fehlende Item zum politischen Verständnis wurde hier die folgende Aussage verwendet: ‚Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst,

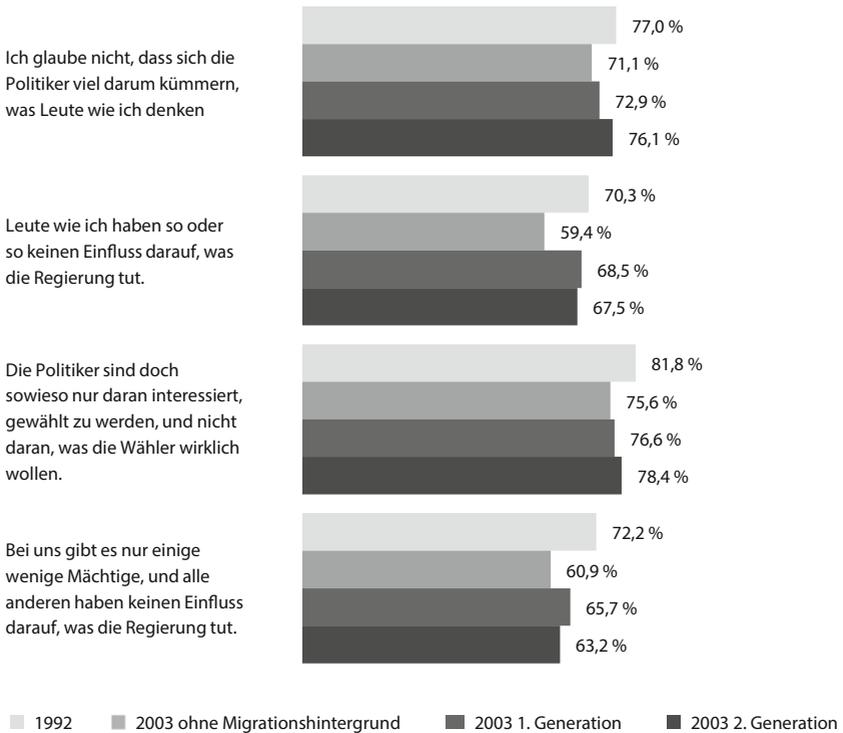
eine aktive Rolle zu übernehmen. Diese drei Items genügen ebenfalls dem Kriterium der Eindimensionalität, so dass ein vergleichbarer Mittelwertsindex gebildet werden konnte. Auf Grund der Unterschiede in der Indexbildung sowie der deutlich geringeren Fallzahlen der untersuchten Altersgruppe im ALLBUS sind die Anteilswerte der beiden Indizes aber nur eingeschränkt vergleichbar. Ihre statistischen Beziehungen zu anderen Variablen sind jedoch sehr ähnlich.

Zur Messung der externen politischen Effektivität waren im DJI-Jugendsurvey vier Items enthalten. Neben den beiden bereits erwähnten klassischen Items wurden noch zwei neuere Items aus einer Pilotstudie zur amerikanischen Wahlumfrage von 1988 berücksichtigt (vgl. Craig u. a. 1990). Wie die Werte für die vier Items in [Abbildung 2](#) zeigen, glaubt die große Mehrheit der jungen Menschen nicht, dass die Politikerinnen und Politiker sich ernsthaft für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen bzw. meint, dass Politik in erster Linie eine Veranstaltung der Mächtigen ist, auf die die einfachen Bürgerinnen und Bürger kaum Einfluss nehmen können. Vergleichbare Ergebnisse erbrachte auch die Shell-Jugendstudie von 1991. In seiner Analyse der Ergebnisse jener Studie sprach Wolfgang Kühnel daher von einem „erstaunlich hohen Ausmaß an Entfremdung gegenüber den politischen Institutionen und ihren Vertretern“ (1992: S. 61). Ein nahezu unverändert negative Einschätzung von Politikerinnen und Politikern zeigt sich auch in den Shell-Jugendstudien von 2002 und 2006 (vgl. Schneekloth 2010: S. 115 f.).

Allerdings ist die Zustimmung für alle vier Aussagen von 1992 bis 2003 deutlich gesunken, d.h. die externe politische Effektivität hat sich erhöht. Der Anteil der Befragten mit einem hohen Niveau stieg im DJI-Jugendsurvey von 30,6 % auf 38,9 % und die Zunahme im ALLBUS von 1998 auf 2008 betrug sechs Prozent. Im Rückblick lassen sich daher die 1990er Jahre als eine Zeit besonders hoher Politik(er)verdrossenheit charakterisieren, die seitdem wieder etwas zurückgegangen ist. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass unter den Befragten mit Migrationshintergrund der Glaube, dass einfache Bürgerinnen und Bürger politisch etwas bewirken können, deutlich geringer ist als bei den Befragten ohne Migrationshintergrund. Diese Differenz bleibt auch noch in der zweiten Generation erhalten und beträgt für das zweite Item in [Abbildung 2](#) fast acht, für die erste Migrantengeneration sogar fast neun Prozentpunkte.

Die vier Items weisen relativ hohe Interkorrelationen und eine zufriedenstellende Reliabilität auf. Eine Hauptkomponentenanalyse ergab zudem, dass die Annahme ihrer Eindimensionalität gerechtfertigt ist. Erneut wurde der Mittelwert der Skalenwerte zur Bildung eines Index der externen politischen Effektivität berechnet. Hierfür wurden die Werte der Items ‚umgedreht‘, d.h. deren Ablehnung wird als Indikator für hohe externe politische Effektivität betrachtet. Enge (negative) statistische Zusammenhänge zwischen dem Index, der Demokratiezufriedenheit und dem Vertrauen in politische Parteien, Bundestag und Bundes-

Abbildung 2 Indikatoren externer politischer Effektivität, 18- bis 29-Jährige (% Zustimmung)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003

regierung bestätigen seine Validität als Maß des Vertrauens in die Responsivität des politischen Systems.

Im ALLBUS waren zwei sehr ähnliche Items zum Vertrauen in die Responsivität der Politikerinnen und Politiker enthalten.⁴ Zusätzlich wurde als dritte Variable auch noch die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland berücksichtigt, da eine höhere Zahl von Variablen die Stabilität der Ergebnisse erhöht.⁵ Auf

- 4 1. Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken. 2. Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.
- 5 Anders als bei den Items zur kognitiven politischen Mobilisierung sind die Index-Werte in den beiden ALLBUS-Umfragen deutlich höher als in den beiden DJI-Jugendsurveys. Dies

Grund der Unterschiede in den Variablen, die bei der Indexbildung berücksichtigt wurden, sind die Anteilswerte in den beiden ALLBUS-Umfragen erheblich höher, so dass diese nicht direkt vergleichbar sind. Andererseits sind die Zusammenhänge des Index mit Geschlecht und Bildungsniveau jedoch sehr ähnlich.

5 Alter, Geschlecht und Bildung als Determinanten politischer Orientierungen

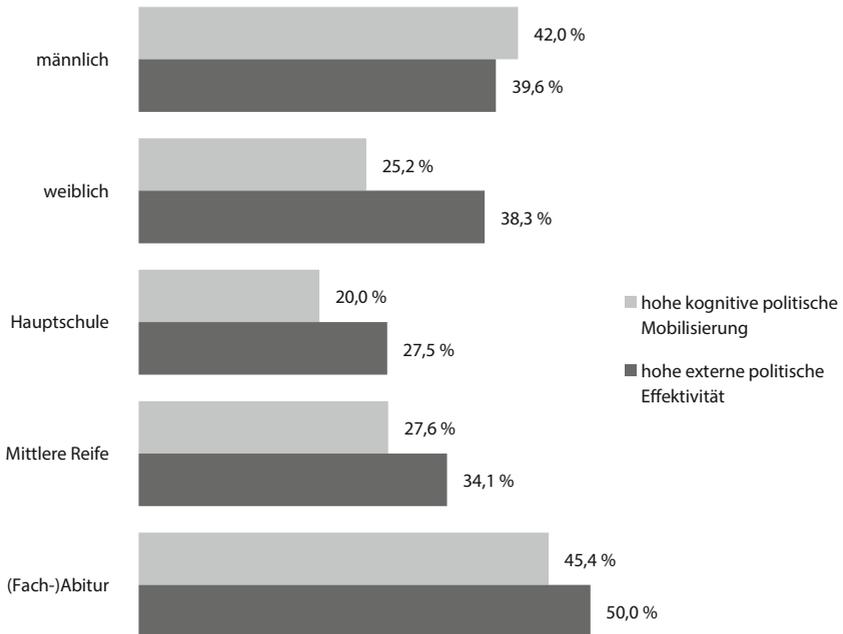
Abbildung 3 veranschaulicht den Einfluss von Geschlecht und Bildungsniveau auf die kognitive politische Mobilisierung und die externe politische Effektivität im DJI-Jugendsurvey 2003. Dabei wurden die Werte der beiden Indizes so unterteilt, dass jeweils ein Drittel aller Befragten in die Kategorie ‚hoch‘, ‚mittel‘ und ‚niedrig‘ fällt. Da sich die Werte zwischen 1992 und 2003 kaum verändert haben, beschränkt sich die Abbildung auf das Befragungsjahr 2003.

Die weiblichen Befragten weisen ein erheblich geringeres Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung auf. Da in der jüngeren Generation kaum mehr Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Geschlechtern existieren, scheidet geringere Bildung als Erklärungsfaktor für diesen Unterschied aus, zumal die Prozentsatzdifferenz zwischen weiblichen und männlichen Befragten in allen Bildungsgruppen beträchtlich ist. Dies bestätigt, dass das Politikverständnis von Frauen nach wie vor stark durch die traditionellen Geschlechterrollen geprägt wird.

Jugendforscher versuchen zwar immer wieder, die geringere politische Involvement der Frauen mit deren angeblich anderem Politikverständnis zu erklären, das sich bei ihnen eher auf politische Vorgänge im sozialen Nahbereich richte (vgl. Meyer 1992; Hurrelmann u. a. 2002: S. 37 ff.). Dabei ignorieren sie allerdings, dass die Geringschätzung institutioneller Politik letztlich bedeutet, dass Frauen häufig darauf verzichten, ihre Einflussmöglichkeiten auf politische Willensbildungsprozesse geltend zu machen. Institutionelle Politik wird schließlich nicht dadurch unwichtig, dass man ihr wenig Aufmerksamkeit schenkt, sondern hier werden für das Gemeinwesen zentrale Entscheidungen getroffen. Gleichzeitig existieren aber nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf die

ist auf die Abweichungen in der Konstruktion des Index in beiden Studien zurückzuführen. Denn einmal war im ALLBUS das Item zur Responsivität der Politiker in positiver Richtung formuliert, im DJI-Jugendsurvey dagegen in Richtung einer zynischen Einstellung zu Politikern, so dass bereits die Zustimmungstendenz von Befragten, die sog. *acquiescence*, höhere Werte bedingt. Zudem wurde die Demokratiezufriedenheit als dritte Variable berücksichtigt, die ebenfalls höhere Werte aufweist. Im vorliegenden Zusammenhang geht es jedoch vor allem darum, den Einfluss der unabhängigen Variablen Alter, Geschlecht und Bildung auf die Indexwerte zu vergleichen, der in beiden Studien gleichförmig ist.

Abbildung 3 Kognitive politische Mobilisierung und externe politische Effektivität nach Geschlecht und Bildungsniveau, 18- bis 29-Jährige



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

externe politische Effektivität. Das bedeutet, dass die Distanz zur etablierten Politik bei den politisch stärker involvierten jungen Männern genauso hoch ist wie bei den jungen Frauen.

Die Prozentsatzdifferenz zwischen Hauptschulabsolventen und Befragten mit Abitur beträgt bei der kognitiven politischen Mobilisierung 25,5 % und bei der externen politischen Effektivität 22,5 %. Höhere Bildung bedingt also sowohl einen höheren Grad politischer Involviertheit als auch ein höheres Vertrauen in die politischen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Tabelle 2 bestätigt die in **Abbildung 3** gefundenen Zusammenhänge auf der Basis bivariater Korrelationskoeffizienten (Pearsons r). In allen vier Umfragen beeinflusst das Bildungsniveau sowohl das Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung als auch das der externen politischen Effektivität, bei den älteren Befragten sogar noch etwas stärker als bei den jüngeren. Der Einfluss des Geschlechts ist zwar hoch signifikant, jedoch deutlich schwächer als der Einfluss des Bildungs-

Tabelle 2 Zusammenhänge kognitiver Mobilisierung und externer politischer Effektivität mit Alter, Geschlecht und Bildungsniveau (Pearsons r)

	Alter	Geschlecht ¹	Bildung ²
DJI-Jugendsurvey, 16 bis 29 Jahre			
<i>Kognitive politische Mobilisierung</i>			
1992	,169***	-,214***	,305***
2003	,119***	-,202***	,280***
<i>Externe politische Effektivität</i>			
1992	,026*	-,048***	,207***
2003	-,065***	-,023 n. s.	,250***
ALLBUS			
<i>Kognitive politische Mobilisierung</i>			
1998, 18–29 Jahre	,119*	-,256***	,313***
1998 30+ Jahre	-,177***	-,257***	,426***
1998, alle Befragten	-,122***	-,257***	,390***
2008, 18–29 Jahre	,035 n. s.	-,243***	,342***
2008, 30+ Jahre	-,117***	-,250***	,388***
2008, alle Befragten	-,092***	-,248***	,372***
<i>Externe politische Effektivität</i>			
1998, 18–29 Jahre	-,077 n. s.	-,052 n. s.	,184***
1998, 30+ Jahre	,033 n. s.	-,069***	,143***
1998, alle Befragten	,036*	-,066***	,141***
2008, 18–29 Jahre	-,119**	-,021 n. s.	,293***
2008 30+ Jahre	-,022 n. s.	-,042*	,159***
2008, alle Befragten	-,008 n. s.	-,040*	,182***

Signifikanzniveau: *** < .001; ** < .01; * < .05; n. s. nicht signifikant

¹ 1 = männlich, 2 = weiblich

² 1 = Hauptschule, 2 = Mittlere Reife, 3 = (Fach-)Abitur

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003, ALLBUS 1998 und 2008

niveaus. Diese Zusammenhänge sind für beide Studien und alle vier Befragungszeitpunkte relativ ähnlich, wobei die Einflüsse von Geschlecht und Bildung für die externe politische Effektivität durchweg schwächer ausfallen als für die kognitive politische Mobilisierung. In der Tabelle wurden für den DJI-Jugendsurvey auch die Befragten ab 16 Jahren berücksichtigt, um besser überprüfen zu können, wie stark sich die Indexwerte mit zunehmendem Alter verändern. Wie erwartet, nimmt die kognitive politische Mobilisierung in dieser Alterspanne noch etwas zu, was sich auch in den ALLBUS-Daten für 1998 zeigt. 2008 ist dieser Effekt in den ALLBUS-Daten allerdings nicht mehr signifikant.

In der Altersgruppe ab 30 Jahren zeigt sich dagegen ein negativer Zusammenhang mit dem Lebensalter, d. h. mit zunehmendem Alter sinkt das kognitive politische Mobilisierungsniveau etwas. Dies spricht für eine Zunahme der kognitiven politischen Mobilisierung durch die Bildungsexpansion. Andererseits bestätigt der im Vergleich zum Bildungsniveau deutlich schwächere Einfluss des Lebensalters die zu Beginn gemachte Annahme, dass diese Zunahme weit weniger ausgeprägt gewesen ist als man auf der Basis des sehr viel stärker gestiegenen Bildungsniveaus erwarten könnte.

Die Alterseffekte für die externe politische Effektivität sind demgegenüber schwach und weisen keine einheitliche Richtung auf. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass hier zwei gegenläufige Einflüsse wirksam sind: Einerseits die abnehmende Bindekraft der politischen Parteien, die in der jüngeren Generation schon weiter fortgeschritten ist, andererseits die Bildungsexpansion, die auf Grund der höheren kognitiven politischen Mobilisierung bei den höher Gebildeten die Erosion des Vertrauens in die politischen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger etwas dämpft.

6 Typen politischer Mobilisierung

In Analysen zum Wertewandel ist häufig die Vermutung geäußert worden, das gesunkene Vertrauen in die Responsivität der Politik(erInnen) sei in erster Linie eine Folge des gestiegenen Niveaus der kognitiven politischen Mobilisierung und der dadurch bedingten Freisetzung der Bürgerinnen und Bürger aus der Abhängigkeit vom Interpretationsmonopol der politischen Parteien. Inglehart hat diese Annahme auf die griffige Formel „von eliten-gelenkter zu eliten-lenkender Politik“ gebracht (1989).⁶ Dies legt einen negativen Zusammenhang zwischen kognitiver

6 Die in der englischsprachigen Ausgabe enthaltenen Begriffe „elite-dominated“ und „elite-challenging“ treffen allerdings die theoretische Intention Ingleharts und auch die Realität wesentlich besser.

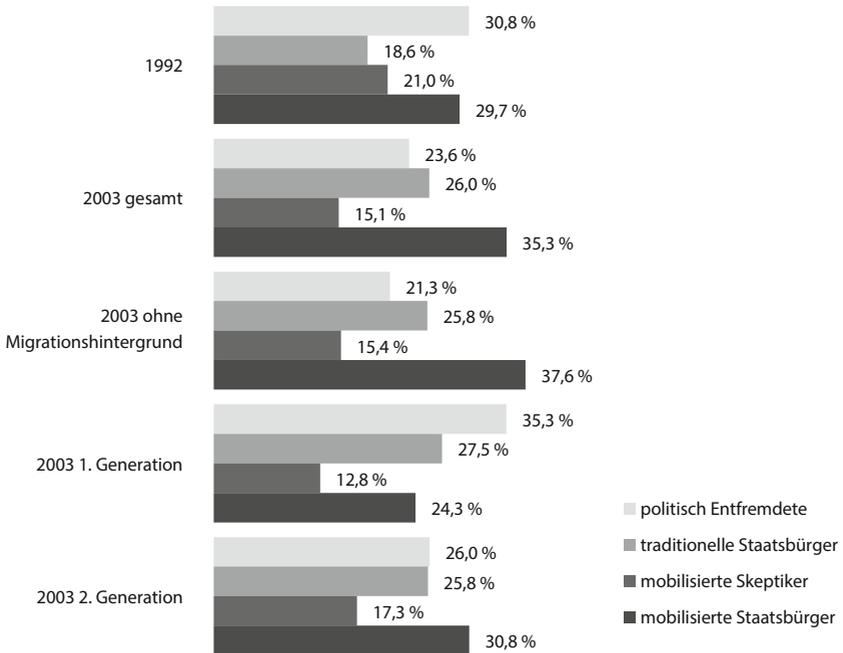
politischer Mobilisierung und externer politischer Effektivität nahe. Tatsächlich findet sich in unseren Umfragen aber ein schwach positiver Zusammenhang zwischen den beiden Indizes.⁷ Die beiden politischen Orientierungen variieren also weitgehend unabhängig voneinander. Dieses Auseinandertreten von kognitiver politischer Mobilisierung und externer politischer Effektivität hat beträchtliche Implikationen für die politische Kultur. Denn damit nimmt die Zahl der Bürgerinnen und Bürger zu, die dem Politikbetrieb nicht aus politischem Desinteresse kritisch gegenüberstehen, sondern die eine subjektiv hohe politische Kompetenz mit einem geringen Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems verbinden. In diesem Sinne ist auch in der deutschen Literatur die abnehmende Wahlbeteiligung vielfach auf die zunehmende Verbreitung eines neuen Typs von Nicht- bzw. Protestwählern zurückgeführt worden, deren Entscheidung zur Nichtteilnahme an Wahlen politisch motiviert ist, und die von Hoffmann-Jaberg/Roth als bekennende Nichtwähler bezeichnet wurden (1994: S. 138; vgl. Eilfort 1992; Feist 1994).

Die Überprüfung der Annahme von der Existenz dieses neuen Orientierungsmusters erfordert eine Typenbildung auf der Basis einer Kreuztabellierung der beiden Indizes der kognitiven politischen Mobilisierung und der externen politischen Effektivität. Zu diesem Zweck wurden beide Indizes an ihrem Median dichotomisiert, d. h. jeweils die Hälfte der Befragten wurde den Kategorien ‚hoch‘ und ‚niedrig‘ zugeschlagen. Die vier möglichen Kombinationen der beiden Indizes stellen vier unterschiedliche Typen politischer Mobilisierung dar. Dabei ist bei der Interpretation der Anteilswerte in [Abbildung 4](#) zu berücksichtigen, dass sich die Zuordnung zur jeweils hohen und niedrigen Kategorie nicht an den ursprünglichen Skalenwerten orientierte. Die Anteilswerte können dementsprechend nicht in einem an der ursprünglichen Skala orientierten Sinne als ‚hoch‘ oder ‚niedrig‘ interpretiert werden. Sie eignen sich primär zum Vergleich zwischen verschiedenen Befragtengruppen.⁸

Als politisch entfremdete lassen sich diejenigen charakterisieren, die an Politik eher desinteressiert sind und gleichzeitig die Responsivität der Politik(erInnen) eher negativ bewerten. Für die traditionellen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ist die Politik ebenfalls relativ unwichtig. Sie vertrauen jedoch darauf, dass diese im Wesentlichen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird. Mobilisierte Skeptikerinnen und Skeptiker weisen ein hohes Maß kognitiver politischer

7 Im DJI-Jugendsurvey betragen die Korrelationskoeffizienten für 1992 $r = ,297$ und für 2003 $r = ,293$. Im ALLBUS liegen sie bei $r = ,157$ bzw. $r = ,162$.

8 Da die Typen für die beiden DJI-Jugendsurveys einerseits und die beiden ALLBUS-Studien andererseits auf der Basis der jeweiligen Medianwerte gebildet wurden, sind zudem die Anteilswerte zwischen ihnen nicht vergleichbar. Sie geben lediglich Auskunft über Veränderungen zwischen den Befragungsjahren sowie über Unterschiede nach Geschlecht und Bildungsniveau.

Abbildung 4 Typen politischer Mobilisierung, 18- bis 29-Jährige

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003

Kompetenz auf, haben aber gleichzeitig nur wenig Vertrauen, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im politischen Willensbildungsprozess auch tatsächlich berücksichtigt werden. Mobilisierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind schließlich diejenigen, die am ehesten dem Idealtypus eines demokratischen Staatsbürgers entsprechen.

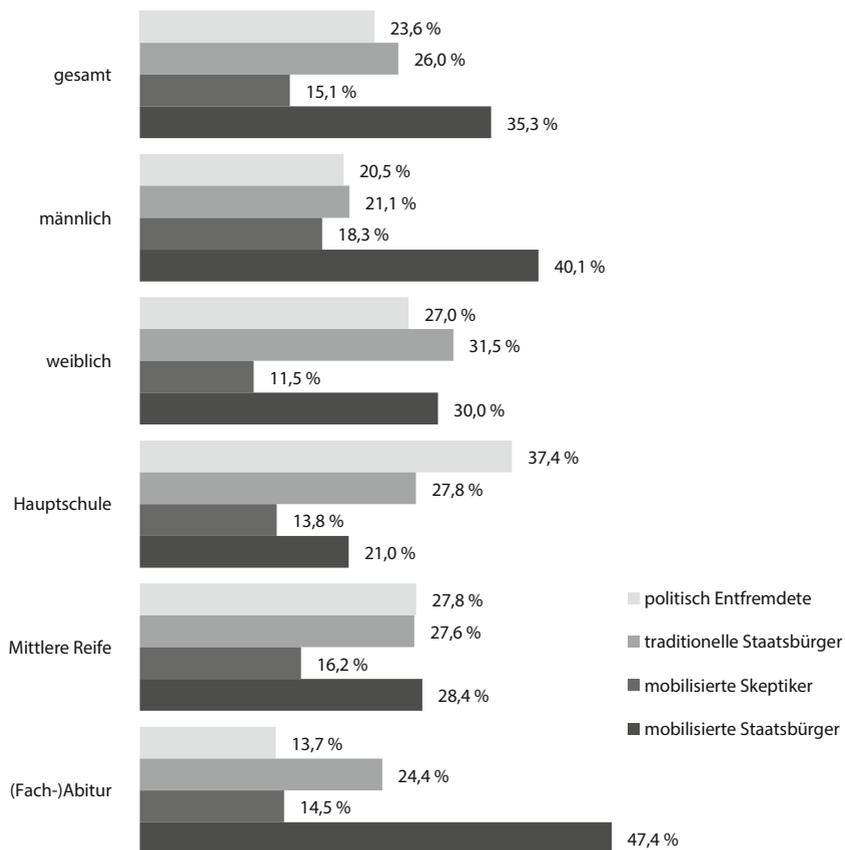
Abbildung 4 zeigt zunächst die Verteilung der vier Typen politischer Mobilisierung unter den 18- bis 29-Jährigen im DJI-Jugendsurvey nach Befragungszeitpunkt und Migrationshintergrund. Die Anteilswerte haben sich zwischen 1992 und 2003 verändert, was in erster Linie auf die weiter oben konstatierte Zunahme der externen politischen Effektivität zurückzuführen ist. Dadurch sind die Anteile der politisch Entfremdeten und der mobilisierten Skeptikerinnen und Skeptiker gesunken, während die der traditionellen und mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zugenommen haben. Zudem zeigt die Berücksichtigung des Migrationshintergrunds, dass der Anteil der politisch Entfremdeten in der ersten

Migrantengeneration mit über 35 % sehr hoch liegt, jedoch in der zweiten Generation nur noch 26 % beträgt, d. h. die Differenz zu den Befragten ohne Migrationshintergrund ist hier von 14 auf fünf Prozentpunkte gesunken.

Abbildung 5 bestätigt die zuvor für Geschlecht und Bildung gefundenen Ergebnisse für 2003. Entsprechend ihrem niedrigeren kognitiven politischen Mobilisierungsniveau gehören die weiblichen Befragten häufiger den ersten beiden Typen an. Da Geschlecht und externe politische Effektivität jedoch nur einen schwachen statistischen Zusammenhang aufweisen, verteilen sie sich relativ gleichmäßig auf die beiden Typen mit niedrigem kognitiven politischen Mobilisierungsniveau, während sie in den beiden Typen mit hohem Mobilisierungsniveau unterdurchschnittlich vertreten sind. Da das formale Bildungsniveau beide Orientierungen positiv beeinflusst, ist unter den Befragten mit (Fach-)Abitur der Anteil der mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit 47,4 % am höchsten. Dieser Anteil ist zwischen 1992 und 2003 um vier Prozentpunkte gestiegen, während umgekehrt der Anteil der mobilisierten Skeptikerinnen und Skeptiker um zehn Prozentpunkte (von 24,1 % auf 14,5 %) gesunken ist. Unter den Hauptschulabsolventinnen und -absolventen stellen die politisch Entfremdeten die stärkste Gruppe (1992: 49,8 %, 2003: 37,4 %).

Da sich die Anteilswerte für die vier Typen politischer Mobilisierung zwischen den DJI-Jugendsurveys und den ALLBUS-Umfragen nicht direkt vergleichen lassen, sind die ALLBUS-Daten vor allem im Hinblick auf die Unterschiede zwischen der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen und den älteren Befragten von Interesse. Solche Unterschiede lassen sich jedoch nicht feststellen. Die Prozentatzdifferenzen liegen für alle vier Typen lediglich zwischen einem und zwei Prozent. Dies stützt die zu Anfang geäußerte Erwartung, dass die im Zuge des gesellschaftlichen Wandels gewachsene Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem etablierten Politikbetrieb längst die älteren Kohorten erreicht hat. Dies ist leicht nachvollziehbar, wenn man in Betracht zieht, dass die Träger der ersten politischen Protestbewegung, also der der 68er Studentenbewegung inzwischen das Ruhestandsalter erreicht haben. Dieses Ergebnis wird auch durch den sehr schwachen Zusammenhang zwischen Lebensalter und externer politischer Effektivität bestätigt (vgl. Tabelle 2).

Abbildung 5 Typen politischer Mobilisierung nach Geschlecht und Bildungsniveau, 18- bis 29-Jährige 2003



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

7 Politische Beteiligung

Unter den Formen politischer Beteiligung ist das Wählen die mit Abstand am häufigsten genannte Form (vgl. [Tabelle 3](#), letzte Spalte).⁹ 1992 gaben fast drei Viertel der Befragten im DJI-Jugendsurvey an, dass sie an Wahlen teilgenommen haben, 2003 betrug der Wert sogar fast 81 %. Umgekehrt hat sich nur rund ein Zehntel bereits einmal absichtlich nicht an einer Wahl beteiligt. Die zweithäufigste Beteiligungsform ist die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, die seit 1992 signifikant angestiegen ist. Damals gaben knapp 30 % der Befragten an, sich schon an genehmigten Demonstrationen beteiligt zu haben. 2003 war dieser Wert bereits auf über ein Drittel (35,7 %) gestiegen und in einer DJI-Umfrage von 2009 lag er sogar bei 43 % (vgl. Hoffmann-Lange/Gille 2013: S. 8). Ziviler Ungehorsam wie die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen (7,7 %) bzw. an politischer Gewalt (3,6 %) sind demgegenüber die Sache kleiner Minderheiten. Dasselbe gilt für zeitintensive Beteiligungsformen wie die Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder politischen Parteien. Dies bestätigt, dass nur legale und zudem wenig zeitaufwendige politische Aktivitäten ein hohes Beteiligungspotential aufweisen.

Während sich die Migrantinnen und Migranten der ersten Generation deutlich weniger politisch beteiligen als die Befragten ohne Migrationshintergrund, sind die Unterschiede im Beteiligungsverhalten in der zweiten Generation bis auf ihre um fast 25 % niedrigere Wahlbeteiligung weitgehend verschwunden. Dies deutet auf ein noch brach liegendes Wählerpotential hin, um das sich die politischen Parteien bisher offensichtlich zu wenig gekümmert haben.¹⁰

Die gewählten politischen Beteiligungsformen hängen sowohl vom Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung als auch von dem der externen politischen Effektivität ab. Ein geringes Niveau externer politischer Effektivität erhöht die Wahrscheinlichkeit der bewussten Nichtwahl, wobei der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei den politisch Entfremdeten jedoch mit 15,4 % deutlich höher liegt als bei den mobilisierten Skeptikerinnen und Skeptikern (11,9 %). Die politisch Entfremdeten weisen auch für die übrigen Beteiligungsformen das niedrigste Niveau politischer Aktivität auf. Das heißt, dass

9 Im Interesse der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Tabelle auf die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys 2003. Der Einfluss der Zugehörigkeit zu den vier Mobilisierungstypen auf die politische Beteiligung ist in den anderen Umfragen sehr ähnlich. Zudem wurden im oberen Teil der Tabelle nur die Gesamtwerte für alle Befragten und nicht noch zusätzlich die für die Befragten ohne Migrationshintergrund ausgewiesen. Deren Werte weichen jedoch durchweg nur geringfügig (maximal 4 Prozent) von denen für die Gesamtgruppe ab.

10 Petersen u. a. (2013: S. 30 f.) erwarten daher schon auf Grund des steigenden Anteils von Bürgern mit Migrationshintergrund eine weitere Abnahme der Wahlbeteiligung.

Tabelle 3 Typen politischer Mobilisierung und politische Beteiligungsformen der 18- bis 29-Jährigen nach Migrationshintergrund 2003 (in Prozent)

	politisch Entfrem- dete	traditio- nelle Staats- bürger	mobi- lisierte Skepti- ker	mobi- lisierte Staats- bürger	Gesamt
18–29 Jahre insgesamt					
an Wahlen beteiligen	72,8	76,4	83,1	88,4	80,8
nicht Wählen gehen	15,4	7,8	11,9	5,1	9,2
Parteiarbeit	0,7	0,6	2,2	4,9	2,4
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	3,5	2,2	6,8	8,4	5,4
genehmigte Demonstration	22,1	25,3	42,4	49,6	35,7
ungenehmigte Demonstration	4,7	5,3	11,3	10,0	7,7
politische Gewalt	2,1	2,2	5,7	4,9	3,6
18–29 Jahre 1. Generation					
an Wahlen beteiligen	56,6	59,0	52,6	76,9	61,7
nicht wählen gehen	10,0	6,7	11,8	7,1	8,6
Parteiarbeit	2,0	0,0	2,6	4,2	2,1
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	2,0	4,3	6,6	9,9	5,2
genehmigte Demonstration	11,8	14,1	38,2	42,4	23,4
ungenehmigte Demonstration	3,5	0,6	17,1	6,4	5,2
politische Gewalt	2,0	0,0	1,3	5,0	2,1
18–29 Jahre 2. Generation					
an Wahlen beteiligen	56,8	56,0	67,5	70,5	62,7
nicht Wählen gehen	9,9	7,3	19,5	5,5	9,5
Parteiarbeit	0,0	0,0	0,0	4,1	1,3
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	1,6	2,4	0,0	8,2	3,6
genehmigte Demonstration	19,4	27,4	47,5	52,4	36,4
ungenehmigte Demonstration	2,5	4,0	12,3	13,7	8,1
politische Gewalt	0,8	3,2	8,6	8,2	5,1

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

eine niedrige kognitive politische Mobilisierung in Verbindung mit einer subjektiven Distanz zur etablierten Politik die Entstehung politischer Apathie begünstigt.

Auch die traditionellen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger weisen durchweg ein unterdurchschnittliches politisches Beteiligungsniveau auf. Dies spricht dafür, dass die politische Beteiligung stärker durch das Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung beeinflusst wird. Andererseits ist ihre Demokratiezufriedenheit genauso hoch wie die der mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Demgegenüber lässt sich die Annahme, dass mobilisierte Skeptikerinnen und Skeptiker die institutionalisierten politischen Partizipationsformen gering schätzen und sich stattdessen weitgehend auf die Beteiligung an politischen Protestaktionen beschränken, nicht bestätigen. Zwar unterscheiden sie sich von den mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern durch ihre etwas höhere Bereitschaft zur absichtlichen Nichtwahl (11,9 % im Vergleich zu 5,1 %), nicht dagegen im Hinblick auf die anderen politischen Beteiligungsformen einschließlich ihrer Beteiligung an Wahlen, bei denen sie durchweg die zweithöchsten Anteile aufweisen. Zudem ist der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler unter ihnen prozentual so gering, dass der Schluss, hier handele es sich um eine signifikante und zudem wachsende Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern nicht gerechtfertigt ist. Auch die Tatsache, dass über 80 % der Befragten dieses Typs angaben, sich an Wahlen zu beteiligen, spricht gegen diese These. Damit bestätigt sich der bereits in der ersten Welle der Political Action-Studie festgestellte Befund, dass traditionelle (Wählen, Parteiarbeit) und aktionsorientierte politische Beteiligungsformen sich nicht gegenseitig ausschließen (vgl. Kaase/Marsh 1979).¹¹

8 Zusammenfassung und Schluss

Anders als die Medienberichterstattung dies nahelegt, in der alle paar Jahre eine neue Generation ausgerufen wird, die sich angeblich durch ein verändertes Verhältnis zur Politik auszeichnet, verläuft diese Entwicklung in der Realität sehr viel

11 Das sehr ähnliche Beteiligungsprofil der mobilisierten Staatsbürger und der mobilisierten Skeptiker entspricht den Ergebnissen von Hooghe/Dejaeghere (2007), die allerdings die Beteiligung an Wahlen nicht berücksichtigten. Beide Analysen bestätigen, dass die mobilisierten Staatsbürger das breiteste politische Aktivitätsspektrum aufweisen, während die mobilisierten Skeptiker ihnen im Hinblick auf traditionelle Partei- und Vereinsaktivitäten und die Wahlbeteiligung deutlich nachstehen, auch wenn sie insgesamt gesehen immer noch das zweithöchste Beteiligungsniveau aufweisen. Der verfügbare Raum erlaubt es leider nicht, näher auf den von Amnå/Ekman (2014) diskutierten Typus des *standby citizens* einzugehen. Auch diese Autoren befassen sich mit den hier analysierten Entwicklungen und kommen bei Berücksichtigung ähnlicher unabhängiger Variablen zu vergleichbaren Schlüssen.

kontinuierlicher und langsamer. Auch wenn das Auftreten spektakulärer neuer politischer Aktionsformen wie die der Occupy-Bewegung oder der plötzliche Erfolg der Piraten vielfach als Beginn einer neuen Jugendbewegung interpretiert worden sind, darf man nicht übersehen, dass es sich bei den Protagonisten dieser Bewegungen um kleine Minderheiten handelt, die keineswegs repräsentativ für die junge Generation als Ganzes sind. Gleichfalls mag der Bezug auf Einzelergebnisse der empirischen Sozialforschung wie die der jüngsten Studierendenumfrage der Universität Konstanz, aus denen der SPIEGEL (Heft 46/2014) garniert mit einigen Einzelbeispielen auf die Existenz einer ‚Generation Merkel‘ schloss, zwar die Auflage steigern, trägt jedoch wenig zur Erhellung des Sachverhaltes bei. Hierfür werden vielmehr breit angelegte Längsschnittuntersuchungen benötigt, die auf der Basis einer großen Zahl von Einzelindikatoren eine differenziertere Analyse erlauben. Wir haben für unsere Analysen auf die Daten der DJI-Jugendsurveys von 1992 und 2003 sowie des ALLBUS von 1998 und 2008 zurückgegriffen. Auch wenn diese Daten nicht mehr ganz neu sind, bestätigen sie Entwicklungen im Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger entwickelter demokratischer Gesellschaften, die von der Wahlforschung wie auch der politischen Kultur- und Partizipationsforschung im Verlauf der letzten Jahrzehnte vielfach bestätigt worden sind.

Auf der Basis der hier präsentierten Analysen lassen sich im Hinblick auf die zu Beginn formulierten theoretischen Erwartungen folgende Schlussfolgerungen ziehen. Eine Zunahme der kognitiven politischen Mobilisierung in der jungen Generation im beobachteten Zeitraum ließ sich nicht feststellen. Dies liegt einmal daran, dass der Zeitraum zwischen den analysierten Umfragen zu kurz war, um längerfristige Entwicklungen von kurzfristigen Fluktuationen zweifelsfrei unterscheiden zu können. Wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass die wichtigsten Ursachen für diese Entwicklung, nämlich die rasche Zunahme des Wohlstands nach 1945, die Bildungsexpansion, die Ausdifferenzierung der Arbeitswelt, die Veränderungen in der Medienlandschaft sowie die Globalisierung bereits in den späten 1960er Jahren einsetzten und vor allem in der Anfangszeit zur Entstehung einer beträchtlichen Kluft zwischen den liberaleren politischen Orientierungen in der jungen akademisch gebildeten Generation und den noch durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs geprägten traditionelleren Orientierungen der älteren Generation beitrugen. Im Zuge der Ersetzung der Kriegsgeneration durch die Nachkriegskohorten haben sich diese neuen Orientierungen danach immer weiter ausgebreitet. Heute sind legale Demonstrationen ein allgemein anerkanntes Mittel, den Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, notfalls auch durch vehementen Protest gegen Regierungsentscheidungen, Ausdruck zu verleihen.

Gleichzeitig haben die Analysen ebenfalls gezeigt, dass sich die politische Beteiligung der meisten (jungen) Bürgerinnen und Bürger nach wie vor darauf beschränkt, neben der Beteiligung an Wahlen auch andere mit geringem Zeit-

aufwand verbundene Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen und Demonstrationen zu nutzen. Politische Beteiligungsformen, die eine kontinuierliche politische Aktivität erfordern, sind demgegenüber weiterhin wie zu allen Zeiten auf eine aktive Minderheit beschränkt (vgl. Theiss-Morse/Hibbing 2005).

Die abnehmende Bindekraft der politischen Parteien und die dadurch bedingte Distanz der Bürgerinnen und Bürger zum etablierten Politikbetrieb haben sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht mehr weiter verstärkt. Die externe politische Effektivität hat den hier analysierten Daten zufolge seit Beginn der 1990er Jahre sogar etwas zugenommen, auch wenn sie insbesondere bei den Befragten mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau nach wie vor relativ gering ist. Allerdings hängt deren Niveau stark von den konkreten Indikatoren ab, die zu ihrer Messung verwendet werden. So waren die vier im DJI-Jugendsurvey enthaltenen Items alle in Richtung verbreiteter Ressentiments gegenüber der etablierten Politik formuliert. Die Indexwerte für die externe politische Effektivität im ALLBUS liegen demgegenüber deutlich höher, da dort auch die Demokratiezufriedenheit sowie der Glaube, dass die Politikerinnen und Politiker die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, berücksichtigt wurden. Dies zeigt, dass sich je nach Frageformulierung unterschiedliche Anteilswerte für vergleichbare Sachverhalte ergeben können. Aber die Distanz zur etablierten Politik ist heute zweifellos ausgeprägter als noch in den frühen 1960er Jahren.

Wie erwartet besteht nur ein schwacher statistischer Zusammenhang zwischen kognitiver politischer Mobilisierung und externer politischer Effektivität. Alle vier Typen politischer Mobilisierung zeichnen sich daher durch ein spezifisches Profil ihrer politischen Beteiligung aus. Dabei entsprechen die gefundenen Muster nur teilweise den Erwartungen. Wie erwartet beteiligen sich mobilisierte Skeptikerinnen und Skeptiker etwas seltener an Wahlen und etwas häufiger an Aktionen zivilen Ungehorsams als die mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Insgesamt gesehen unterscheiden sie sich in ihrem Beteiligungsverhalten jedoch weit weniger von den letzteren als es die Annahme eines qualitativ neuen Beteiligungstyps erwarten lässt. Zwischen den politischen Partizipationsmustern der politisch Entfremdeten und der traditionellen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ließen sich ebenfalls nur geringe Unterschiede feststellen, vor allem die bei den politisch Entfremdeten häufigere Wahlabstinenz. Dies bestätigt, dass die kognitive Mobilisierung das politische Beteiligungsverhalten erheblich stärker prägt als die externe politische Effektivität.

Die in den Ergebnissen zutage getretene hohe und immer noch zunehmende Demonstrationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger – vor allem derjenigen mit einem hohen kognitiven politischen Mobilisierungsniveau – deutet darauf hin, dass es für die politischen Parteien zunehmend schwieriger geworden ist, die vielfältigen Interessenlagen postindustrieller Gesellschaften zu bündeln und

dauerhafte Unterstützung für ihre politischen Programme zu mobilisieren (vgl. Rosanvallon 2008). Dies bestätigt nicht zuletzt die gestiegene Zahl neuer und zu meist kleinerer politischer Parteien, die um die Gunst der Bürgerinnen und Bürger werben und vielfach auf die Interessen einer spezifischen Klientel zugeschnitten sind. Die großen Volksparteien mit ihren umfassenden politischen Programmen und ihrem Anspruch, breite Wählerschichten zu repräsentieren, tun sich demgegenüber schwer, den Bedürfnissen der jüngeren Bürgerinnen und Bürger nach konkreten inhaltlichen Positionen zu politischen Einzelfragen Rechnung zu tragen. Politischer Protest erfordert demgegenüber nur eine temporäre Einigung auf eine Aktion, mit der Missstände angeprangert oder konkrete politische Maßnahmen bekämpft werden und ist einfacher zu organisieren.

Parallel zur Ausdifferenzierung der Parteiensysteme und einer ausgeprägteren Neigung zur Wechselwahl ist in den letzten Jahrzehnten auch die Beteiligung junger Menschen an Wahlen zurückgegangen (vgl. Arzheimer 2006; Konzelmann u. a. 2014: S. 218 ff.). Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass die Angehörigen der jungen Altersgruppe Wahlen gleichgültig gegenüberstehen. Die große Mehrheit hält sie durchaus für sinnvoll. Abgenommen hat in erster Linie die Vorstellung, dass die Teilnahme an Wahlen selbstverständliche Bürgerpflicht ist, was auch die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführte Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach bestätigt (vgl. Petersen u. a. 2013). Diese wird vielmehr davon abhängig gemacht, für wie wichtig der Ausgang einer Wahl gehalten wird. Junge Menschen beteiligen sich dann, wenn aus ihrer Sicht etwas Wichtiges auf dem Spiel steht oder weil sie bestimmte Kandidatinnen und Kandidaten für besonders vertrauenswürdig halten. Dies erklärt die abnehmende Wahlbeteiligung vor allem der jüngeren Wahlberechtigten und bei Wahlen zweiter Ordnung wie den Europa- oder Kommunalwahlen.

Die Bereitschaft zur Nutzung der verschiedenen politischen Beteiligungsmöglichkeiten zeigt ferner, dass die meisten Angehörigen der jungen Generation sich nicht von der Politik abgewendet haben, sondern nach wie vor in großer Zahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Neben dem Wählen erfreuen sich die problemorientierten direkten Beteiligungsformen bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams heute einer relativ großen Beliebtheit. Während ein beträchtlicher Teil der mobilisierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und der mobilisierten Skeptikerinnen und Skeptiker diese über die Beteiligung an Wahlen hinausgehenden Möglichkeiten politischer Einflussnahme aktiv nutzt, wählen vor allem die politisch Entfremdeten eher den Weg in die politische Apathie. Die daraus resultierende Ungleichheit der Chancen, Gehör für die eigenen Anliegen zu finden, betrifft damit in erster Linie junge Menschen mit geringen Bildungsressourcen, die ohnehin die schlechtesten Zukunftschancen haben.

Literatur

- Abramson, Paul R. (1983): *Political Attitudes in America*. San Francisco: W.H. Freeman & Co.
- Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Rohde, David W. (2012): *Change and Continuity in the 2008 and 2010 Elections*. Washington: CQ Press.
- Alber, Jens (1991): *Continuity and Change in German Social Structure: Why Bonn Is Not Weimar*. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): *Social and Political Structures in West Germany*. Boulder: Westview Press, S. 15–41.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.
- Arzheimer, Kai (2006): *Jung, dynamisch, Nichtwähler?* In: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 317–335.
- Baker, Kendall L./Dalton, Russell J./Hildebrandt, Kai (1981): *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*. Cambridge (MA): Harvard University Press.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.
- Beck, Paul Allen (1984): *The Dealignment Era in America*. In: Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul Allen (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Princeton: Princeton University Press, S. 240–266.
- Converse, Philip E. (1972): *Change in the American Electorate*. In: Campbell, Angus/Converse, Philip E. (Hrsg.): *The Human Meaning of Social Change*. New York: Russell Sage Foundation, S. 263–337.
- Craig, Stephen C./Niemi, Richard G./Silver, Glenn E. (1990): *Political Efficacy and Trust: A Report on the NES Pilot Study Items*. In: *Political Behavior*, Jg. 12, S. 289–314.
- Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert (1990): *Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 297–324.
- Dalton, Russell J. (2006): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 4. Auflage. Washington: CQ Press.
- Eilfort, Michael (1992): *Sind Nichtwähler auch Wähler?* In: Starzacher, Karl/Schacht, Konrad/Friedrich, Bernd/Leif, Thomas (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, S. 169–175.
- Feist, Ursula (1994): *Die Macht der Nichtwähler*. München: Droemersche Verlagsanstalt.
- Gabriel, Oscar W. (1986): *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gille, Martina (1995): *Wertorientierungen und Geschlechtsrollenorientierungen im Wandel*. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 109–158.

- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Opladen: Leske + Budrich.
- Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2006): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gille, Martina (Hrsg.) (2008): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gille, Martina (2013): Jugend heute – Lebenslagen und Herausforderungen. Ergebnisse des DJI-Surveys Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten. In: Kooperationsverbund Schulsozialarbeit (Hrsg.): Dokumentation. Stark für Bildung und soziale Gerechtigkeit. Beiträge zum Bundeskongress Schulsozialarbeit. 30.11. bis 01.12. 2013 in Hannover. Frankfurt am Main, S. 39–47.
- Gille, Martina/Hoffmann-Lange, Ursula (2013). Jugend und politische Orientierung. In: Kaiser, Yvonne u. a. (Hrsg.): Handbuch Jugend. Evangelische Perspektiven. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 130–135.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2006): Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. In: Politische Vierteljahresschrift, 47. Jg., S. 12–34.
- Hoffmann-Jaberg, Brigitte/Roth, Dieter (1994): Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: Bürklin, Wilhelm/Roth, Dieter (Hrsg.): Das Superwahljahr. Köln: Bund-Verlag, S. 132–159.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1997): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 211–234.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2000): Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 46–64.
- Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina (2013): Das veränderte Verhältnis von Jugend und Politik. In: DJI Impulse 3/2013, S. 7–10.
- Hooghe, Marc/Dejaeghere, Yves (2007): Does the ‚Monitorial Citizen‘ Exist? An Empirical Investigation into the Occurrence of Postmodern Forms of Citizenship in the Nordic Countries. In: Scandinavian Political Studies, 30. Jg., S. 249–271.
- Hurrelmann, Klaus/Linssen, Ruth/Albert, Mathias/Quellenberg, Holger (2002): Eine Generation von Egotaktikern? Ergebnisse der bisherigen Jugendforschung. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 31–51.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Frankfurt/M.: Campus.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.

- Kaase, Max/Marsh, Alan (1979): Distribution of Political Action. In: Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a.: Political Action. Beverly Hills: Sage, S. 167–201.
- Kaase, Max (1990): Jugend und Jugendpolitik unter den Aspekten: politische Partizipation in verfaßten Formen; Jugend und Gewalt und Jugendprotest. In: Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht (Hrsg.): Lebensverhältnisse Jugendlicher, Band 2. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut, S. 149–192.
- Klages, Helmut (1985): Wertorientierungen im Wandel. 2. Auflage. Frankfurt/M: Campus.
- Konzelmann, Laura/Bergmann/Michael/Rattinger, Hans (2014): Demographic Change in Germany – its Political Consequences. Baden-Baden: Nomos.
- Kroh, Martin (2006): Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel? In: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Wiesbaden: VS Verlag, S. 185–207.
- Krüger, Winfried (1995): Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 245–274.
- Kühnel, Wolfgang (1992): Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend ,92. Band 2. Opladen: Leske + Budrich, S. 59–71.
- Listhaug, Ola/Wiberg, Matti (1995): Confidence in Political and Private Institutions. In: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hrsg.): Citizens and the State. Oxford: Oxford University Press, S. 298–322.
- Meyer, Birgit (1992): Die „unpolitische Frau“. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25-26/1992, S. 3–18.
- Nie, Norman H./Junn, Jane/Stehlik-Barry, Kenneth (1996): Education and Democratic Citizenship in America. Chicago: University of Chicago Press.
- Pappi, Franz Urban (1973): Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 14, S. 191–213.
- Petersen, Thomas/Hierlemann, Dominik/Vehrkamp, Robert B./Wrtil, Christopher (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Eine gemeinsame Studie von IfD Allensbach und Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst> [29. 10. 2014].
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 129–164.
- Schudson, Michael (1998): The Good Citizen: A History of American Civil Life. New York: Free Press.
- Schudson, Michael (2000): Good Citizens and Bad History: Today's Political Ideals in Historical Perspective. In: The Communication Review, Jg. 4, S. 1–19.

- Theiss-Morse, Elizabeth/Hibbing, John R. (2005): Citizenship and Civic Engagement. In: *Annual Review of Political Science*, Jg. 8, S. 227–249.
- Westle, Bettina (2011): Politisches Wissen in Deutschland. Ein Vergleich von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen Deutschen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 42, S. 835–850.